

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.,
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pfg. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung des Verbandes und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
 (Hilfs-Bundesrat).
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
 Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
 Schriftführer: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 76.

Berlin, Sonnabend, 23. September 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Arbeiter und die Teuerung. — Der Gewerksverein der Deutschen Eisenbahner D. D. — Die Maschinenarbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Arbeiter und die Teuerung.

Am letzten Sonntag hat in Wien eine förmliche Hungerrevolte stattgefunden. Hunderttausende von Menschen sind auf die Straße gegangen und haben den Schrei nach billigen Lebensmitteln ausgedröhnt, einen Schrei, den auch Säbel und Flinte nicht haben unterdrücken können. Dabei ist es zu heftigen Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht gekommen; Blut ist geflossen und einer der Demonstranten hat sogar den Kopf nach wohlfeilem Brot mit dem Tode büßen müssen. Ähnliche Vorgänge, wenn auch nicht ganz so folgenschwer, haben sich in zahlreichen Städten Frankreichs und Belgiens ereignet. Wenn wir im Deutschen Reich vor derartigen Szenen bisher bewahrt geblieben sind, so liegt das keineswegs daran, daß bei uns die Zustände besser sind; auch wir leiden unter Teuerungsverhältnissen, wie sie bis jetzt noch nicht dagewesen sind, und die Folgen dieser Zustände lassen sich vorläufig noch gar nicht absehen. Man sehe sich nur einmal folgende Tabelle an: Nach amtlichen Feststellungen kosteten am 14. August d. J. in der Berliner Zentral-Markthalle

	1911.	1910.
	M.	M.
100 Pfund Weizen . . .	8,00	15,00
100 " Roggen . . .	14,00	20,00
100 " Kartoffeln, blanc . . .	6,00	6,50
100 " " neue, weiß . . .	5,00	5,75
100 " Neue Rosenkartoffeln . . .	4,50	5,00
100 " Spinat . . .	17,00	25,00
100 " Bohnen . . .	12,00	20,00
100 " Bohnen . . .	15,00	22,00
100 " Zwiebeln . . .	8,00	9,00
1 Schafschmalz . . .	0,80	1,50
1 " Butter . . .	8,00	12,00
1 " Weizenmehl . . .	5,00	12,00
1 " Weizenmehl . . .	8,00	12,00
1 " Weizenmehl . . .	4,50	5,00
1 " Weizenmehl . . .	14,00	20,00
100 Stück Holländ. Nussmuskat . . .	20,00	28,00
1 Schafschmalz, Tomaten . . .	12,00	15,00

Dabei ist es Tatsache, daß in Berlin die Preise im Vergleich zu anderen Orten gewöhnlich noch ziemlich niedrig sind. Anderwärts also machen sich die Teuerungsverhältnisse noch viel stärker bemerkbar. Dabei ist noch ein weiteres Anzeichen der Preissteigerung vorhanden, und das schlimmste ist, daß es sich dabei nicht nur um eine vorübergehende Erhöhung handelt. Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß die erhöhten Preise, wenn sie auch später um eine Kleinigkeit fallen, doch nicht wieder auf den früheren niedrigen Stand zurückgehen.

Am schwersten werden von der allgemeinen Teuerung natürlich die ärmeren Schichten der Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterklasse getroffen. Ohnehin schon müssen sich die deutschen Arbeiter auf das äußerste einschränken. Die Hausfrau muß den Groschen, bevor sie ihn auszugeben sich entschließt, mehrmals umdrehen. Jetzt ist es noch viel schlimmer geworden, und es ist zu befürchten, daß, wenn nicht bald Wandel geschaffen wird, weitere Schichten des Volkes einer Unterernährung anheimfallen, die geradezu zu einer nationalen Gefahr werden kann. Für die übrigen Bedarfsgegenstände, die mögen noch so unentbehrlich sein, bleibt natürlich angesichts der hohen Ausgaben für Nahrungsmitteln kaum noch etwas übrig. In der Kleidung muß man sich mit dem einfachsten begnügen, und was nicht absolut notwendig ist, kann nicht an-

geschafft werden. Ähnlich geht es dem Mittelstande. Auf allen Gebieten des Haushaltes müssen Einschränkungen gemacht werden. Der allgemeine Konsum geht also zurück; die Produktion wird geringer. Die weiteren Folgeerscheinungen sind schlechter Geschäftsgang und große Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter werden also mit doppelter Mühe unentgeltlich. Nicht allein, daß sie überaus teure Preise für alles bezahlen müssen, auch ihr Einkommen wird noch geschmälert und damit die Not immer größer. Muß sich da nicht jedem fürsorglichen Familienvater die bange Frage aufdrängen: Wie soll das erst werden, wenn nun auch noch ein strenger Winter eintritt?

Schon jetzt sind die Zustände schier unerträglich. Abhilfe tut dringend not. Sie ist aber nur möglich, wenn man den Ursachen der Teuerung auf die Spur geht. Wohl wird schon seit Jahren über die hohen Preise der Lebensmittel geklagt. Die jetzige, bisher unerreichte Notlage aber ist in der Hauptursache wohl herbeigeführt durch den regenlosen Sommer, der die Ernte vieler Lebensmittel beeinträchtigt oder gar vernichtet hat. Deshalb haben auch die Nachbarländer ebenso zu leiden wie wir; sie vermögen ebenso wenig ihren Bedarf zu decken; an eine Ausfuhr ist nicht wohl zu denken. Gegen solche durch Naturereignisse hervorgerufene Missetände sind wir Menschen ohnmächtig; sie müssen hingenommen und getragen werden. Wohl aber kann man diejenigen Ursachen beseitigen, die künstlich die Teuerung herbeiführen. Dazu aber sind in erster Linie zu rechnen die hohen Schutzzölle auf Getreide und andere Lebensmittel und die Grenzwerren, mit denen wir uns gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande abschließen. Dagegen genügt es nicht, daß der Landwirtschaft Kostendarf für Futtermittel und Streu bewilligt werden. Da müssen schärfere Mittel in Anwendung kommen. Die Grenzen müssen für die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch geöffnet und die wichtigsten Lebensmittelsölle, wenn auch zunächst nur vorübergehend aufgehoben werden. Das selbe gilt von den Zöllen auf Futtermittel, die der Landwirtschaft die Viehhaltung verteuern. Aufgeräumt werden muß endlich auch mit dem Einfuhrschutzzöllen. Auch die Bahnfrachten für Lebensmittel müssen verbilligt werden.

Aber nicht nur Reich und Staat müssen einschreiten, sondern auch die Gemeinden haben der Bevölkerung gegenüber Verpflichtungen. Sie müssen die Anfuhr und den Verkauf von wichtigen Lebensmitteln in die Hand nehmen und sie der Bevölkerung zu billigeren Preisen zur Verfügung stellen. Einzelne schäuderhafte Verjüde in dieser Richtung sind bereits gemacht worden. In der Regel aber wartet eine Gemeinde auf das Vorgehen der anderen, und dann wird schließlich nichts Geheiltes daraus. Aufgabe aller in Stadtordnungenfolgenden sitzenden volkreundlichen Männer muß es sein, auf ein energisches Vorgehen zu drängen.

Aber nicht nur auf die Hilfe des Staates und der Gemeinden dürfen die Arbeiter warten, sie müssen selbst Hand anlegen und sich mehr auf die Selbsthilfe stützen. Als Konsumenten müssen sie verbinden, die Nahrungsmittel möglichst billig zu erhalten. Gelegenheit dazu bietet ihnen die Mitgliedschaft in den Konsumvereinen. In der Landwirtschaft sowohl wie in der Industrie gibt es zahlreiche Organisationen, die lediglich den Zweck verfolgen, die Preise auf einer ihnen notwendig erscheinenden Höhe zu erhalten. Die natürliche Preisbildung wird durch sie stark beeinflusst, und es ist leicht erklärlich, daß selbst in guten Zeiten oft der Preis einer Ware in Kleinhandel in einem sehr ungunstigen Verhältnis zu den Produktionskosten und den übrigen notwendigen Aufwen-

dungen steht. Den Bestrebungen solcher Organisationen werden die Konsumvereine entgegen, die durch den gemeinschaftlichen Einkauf und dadurch, daß sie den Händlerprofit ausschalten, in der Lage sind, gute Ware zu verhältnismäßig niedrigen Preisen zu liefern.

Wie oben dargelegt, bringt die Teuerung aber auch den Arbeitern als Produzenten schweren Schaden, da sie schlechten Geschäftsgang und Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß. In solchen Zeiten geht das Streben der Unternehmer dahin, die Arbeitslöhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen auch sonst zu verschlechtern. Dagegen gibt es nur einen Schutz, die Zugehörigkeit zu einer starken Organisation, die in der Lage ist, Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen zu erkämpfen. Deshalb ist die jetzige Notlage auch eine dringende Mahnung an alle diejenigen, die noch nicht den Wert und den Segen der Berufsorganisationen erkannt haben. Die in der Agitation tätigen Kollegen müssen diese Situation ausnutzen und die Indifferenten für die Gewerksvereine zu gewinnen suchen.

Endlich lenken die Teuerungsverhältnisse unsere Gedanken auch auf die bevorstehenden Reichstagswahlen. Pflicht der Gewerksvereinsmitglieder ist es, sich im politischen Leben zu betätigen und vor allen Dingen auch im Reichstagswahlkampf ihren Mann zu stehen. Die parteipolitische Unabhängigkeit unserer Organisation gestattet es jedem einzelnen, dort seine politische Tätigkeit auszuüben, wozu ihn die Lieberzeugung treibt. Das aber darf wohl von jedem einzelnen erwartet werden, daß er es entschieden ablehnt, sich für eine Partei ins Zeug zu legen, die durch Unterjüngung einer verkehrten Wirtschafts- und Sozialpolitik die jetzigen Teuerungsverhältnisse mit hat herbeiführen helfen. Nur wenn jeder einzelne auf dem Posten ist, kann es gelingen, diesen ungeliebten Zuständen, unter denen wir zu leiden haben, ein Ende zu bereiten. Deshalb, Gewerksvereinskollegen und -Kolleginnen, begnügt euch nicht damit, euch an Protektionengebungen gegen die Teuerung zu beteiligen, sondern besetzt auch die oben gegebenen Fingerzeige! Die Selbsthilfe wird auch in diesem schweren Kampfe ein starker Bundesgenosse sein.

Der Gewerksverein der Deutschen Eisenbahner D. D.

hielt am vergangenen Sonntag in Breslau eine Vertrauensmännerversammlung ab, zu welcher fast sämtliche Ortsvereine ihre Vertreter entsandt hatten. Die gelungene Leitung des Gewerksvereins nahm an der Sitzung teil; auch die auswärtigen Hauptvorstandsmitglieder waren vertreten. Der Verband der Deutschen Gewerksvereine hatte den Verbandssekretär Kollegen Neustedt zu den Beratungen entsandt. Vertreten waren ferner die evangelischen Arbeitervereine durch Herrn Sekretär Stein-Breslau und der Breslauer Ortsverband durch den Kollegen Köhler. Die Eisenbahndirektion hatte ebenfalls einen ihrer Herren Sekretäre zu der Tagung entsandt.

Eröffnet wurde die Sitzung durch den 1. Vorsitzenden Müller-Breslau, der die Vertreter der Vereine und Behörden und sonstiger Korporationen herzlich begrüßte. In das Bureau der Tagung wurden gewählt die Kollegen Böhm-Gleiwitz und A. L. Siegnitz als Vorsitzende, die Vereinssekretärin Frau Stettinmer und der Kollege Münch-Breslau als Schrift- und Protokollführer. Die Vertreter des Verbandes und des Ortsverbandes übermittelten die Grüße der Verbands-

gemeinschaft und wünschten in längeren Ausführungen den wichtigen Verhandlungen den besten Erfolg.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein ausführliches Referat des ersten Vereinsvorsitzenden H. Müller über „Die Lage der Organisation“. In dem ersten Teil des Vortrags behandelte der Referent in interessanter Weise die Stellung des Gewerkevereins der Deutschen Eisenbahner als neutrale, auf nationalem Boden stehende Organisation zu den schwebenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Die Eisenbahner müssen in der Organisation teilweise ihre eigenen Wege gehen. Trotzdem besteht sie ein starkes Band auch an die allgemeine Arbeiterbewegung, die als größte Kulturbewegung zu bezeichnen sei. Für den Gewerkeverein kommt dies durch die Verbandsgemeinschaft zum Ausdruck. Die Eisenbahner sind aber keine Arbeiter von Privatunternehmungen; sie sind Staatsarbeiter und dienen in erster Linie der Allgemeinheit. Als solche haben sie sich berechtigten Interessen der Allgemeinheit zu unterwerfen. Wenn der Gewerkeverein die Beteiligung an Streiks im Eisenbahnbetriebe ablehnt, so fordert er andererseits vor allem eine ausreichende Bezahlung der Arbeiter und Handwerker im Eisenbahndienst, einen Lohn, der ausreicht zum unabhängigen Lebensunterhalt. Dieses Streben der Organisation ist vollständig berechtigt. Die Allgemeinheit hätte die Pflicht dafür einzutreten und der Staat als Arbeitgeber müsste den Wünschen der Organisationen, die die sehr wohl die besondere Stellung des Eisenbahners würdigen, mehr entgegenkommen. Es fehlt aber noch jede Anerkennung der Organisation. In der Privatindustrie hat die Macht der Organisationen in vielen Fällen die Anerkennung derselben herbeigeführt. Beide Faktoren, Arbeit und Kapital, sind gut dabei angekommen. Es ist eine Sündenbock geworden, daß nur mit organisierten Arbeitern Friedensverträge, die Ruhe im Gewerbe sichern, abzuschließen sich die Möglichkeit bietet. Erste Station des Weges, den die Eisenbahnerorganisation zu gehen hat, müsse daher Anerkennung der Organisation sein.

Die Arbeiterausschüsse können heute nicht die Aufgaben erfüllen, die ihnen zugeordnet sind. Die Vertreter der Arbeiter sind abhängig von den einzelnen Verwaltungen. Die Art der Verhandlungen, die Erhebungen über etwaige Beschwerden zeitigen in vielen Fällen Schikanierungen der einzelnen Dienststellenvorsteher. Ein Bewusstseinszwang lastet auf den Arbeitern, die vielfach unter Rücksicht auf ihre Familie, ihre Existenz, die Vertretung ihrer Interessen hintanzustellen. Unter den jetzigen Verhältnissen sind die Arbeiterausschüsse nur „weiße Salbe“. So schön gedacht wie die Ausschüsse ist auch die Vertretung der Verwaltung in den Versammlungen der Arbeiter und Angestellten. Die Verwaltung will sich über die Wünsche der Arbeiter informieren. Die Vertretung hat oftmals aber gar kein Verständnis für das Wollen, für die ganze Psyche des Arbeiters. Harmlose Beschwerden der Arbeiter in Versammlungen führen in vielen Fällen, die Redner in einzelnen Beispielen darlegte, zu Schikanierungen aller Art. Die Folge sei eine gegenseitige Verärgerung, ein Mißtrauen, das lediglich die Sozialdemokratie stärkt und ihre Gewerkschaften. Das ist nicht Schuld der Eisenbahner, sondern der Verwaltungen, die ungewollt den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Wege zur Entwicklung frei machen. Unter den jetzigen Verhältnissen ist die Vertretung der Interessen der Eisenbahner äußerst schwierig. Dank dem Entgegenkommen der Breslauer Eisenbahndirektion sind wohl viele Verbesserungen erlangt worden. Dittmals ist die Einführung solcher Verbesserungen aber durch die eigentümliche Stellung der Dienststellenvorsteher auch verhindert worden. Es ist also ein langer, ein steiniger Weg, den die Organisation zu gehen hat. Die Erziehung der Eisenbahner zur Organisation wird aber schließlich auch diesen Weg gangbar machen!

Der zweite Teil des Vortrags behandelte die inneren Einrichtungen des Gewerkevereins, die durch einige Unterstützungsabteilungen erweitert werden müssten in den Tagen der Krankheit mehr berücksichtigt und gesichert werden. So erst interessiert für die Organisation, ist die Erziehung zur Organisation leichter. Die Vereinigung müsse schon jetzt neben der Interessenvertretung Vorteile bieten; die Zwecke der Organisation müssen recht vielseitig sein. Der Referent, der im Hinblick auch gleich den Rassenbericht erstattete, schloß seine beifällig aufgenommenen Ausführungen, indem er die Taktik der gegnerischen Verbände einer gerechten Kritik unterzog und zur Agitation für die Gewinnung überzeugter Anhänger des Gewerkevereinsgedankens aufforderte.

In der recht lebhaften Diskussion hörte man aus allen Ecken der Teilnehmer den festen Willen heraus, für die Organisation, ungedacht aller Schwierigkeiten, zu wirken. Der Verbandsvertreter erklärte bezüglich der Stellung des Gewerkevereins zu den sozialen und wirtschaftlichen Fragen sein volles Einverständnis mit den Referenten. Das Streikrecht, so führte er u. a. aus, bilde einen Teil des Koalitionsrechts. Fordere die Verwaltung einen Verzicht der Angestellten und Arbeiter auf das Streikrecht und sind die Organisationen aus Rücksichten auf die Allgemeinheit gewillt, dieses Recht freiwillig aufzugeben, so müssen seitens des Staates Einrichtungen geschaffen werden, welche die ideale und materielle Sicherung der Lage der Eisenbahnarbeiter- und Handwerker garantieren. Der Minister will eine Interessenvertretung der Arbeiter in den Ausschüssen, das mangelnde soziale Verständnis der unteren Dienststellen hindert eine solche Tätigkeit. Wie bei den Privatbetrieben das soziale Gewissen der Beamten sich im Laufe der Zeit geschärft habe, so werde dies auch bei den Staatsbeamten zu verzeichnen sein, wenn das Ministerium mit aller Energie ständig zum Ausdruck bringt, daß Staatsbetriebe nach und nach wirkliche Musterbetriebe werden sollen.

Die Statutenberatung sollte dann eine festere Grundlage für die Arbeiten des Vereins schaffen. Die Organe des Vereins sind der Delegiertentag, der Generalrat und der Hauptvorstand. Letzterer hat seinen Sitz in Breslau und besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Schriftführer, sowie einem Vereinsammler, der gleichzeitig die Redaktion der „Monatsblätter“ führt und die Erledigung der sonstigen Geschäfte des Vereins vollzieht und kontrolliert. Dem Generalrat gehören neben dem Hauptvorstand zwölf auswärtige Mitglieder an. Der Grundbeitrag beträgt 10 Bsh. pro Woche und weitere 10 Bsh. für eine Unterstützungskasse. Letztere soll den Angehörigen der Mitglieder im Falle von Krankheit eine Unterstützung für die ersten drei Tage gewähren, und zwar nach dreizehnwöchentlicher Karenzzeit. Weiter ist eine Wöchnerinnenunterstützung von 10 Mark und eine Erhöhung des Sterbegeldes, beginnend mit 25 Mark nach einjähriger Mitgliedschaft bis auf 100 Mark steigend nach 13jähriger Mitgliedschaft, in Aussicht genommen.

Zum Schluß der Verhandlungen wurde noch eine Resolution angenommen, durch welche unter Hinblick auf die allgemeine Forderung der Lebensmittel der Minister ersucht wird, für die Arbeiter, Handwerker und Angestellten der Eisenbahn, die mit ihren Familien ganz besonders hart unter den Verhältnissen leiden, durch Teuerungszulagen usw. Erleichterungen in der Lebenshaltung zu schaffen. Der Hauptvorstand wurde ferner beauftragt, für eine Verfestigung der Zentralidee und Pensionäre der Eisenbahnbetriebe energisch zu wirken.

Nachdem noch die Kollegen Müller und Kestel in Schlußansprachen die Vertrauensmänner zu unermüdlicher Aufklärungsarbeit für die Stärkung des Gewerkevereins aufgefordert hatten, trennten sich die Teilnehmer, die in achtstündiger Beratung die reichhaltige Tagesordnung erledigen konnten, mit dem Gelübnis, treu zur Fahne zu stehen und im Interesse der Kollegenschaft und deren Familien für eine recht günstige Entwicklung des Gewerkevereins der Eisenbahner (S.-D.) einzutreten.

Die Maschinenarbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben.

Inwieweit die fortschreitende Erlebung der Handarbeit durch Maschinenarbeit die Verhältnisse in den gesundheitsgefährlichen Betrieben verbessert hat, ist eine Frage, der die Gewerbeaufsichtsbeamten im Berichtsjahre 1910 ihr besonderes Augenmerk zuwenden sollten. Das „Reichsarbeitsblatt“ hat aus den Berichten das Material herausgezogen und zusammengestellt und ist dabei zu folgenden Ergebnissen gelangt.

In den Rösthöfen bürgert sich der mechanische Röstofen immer mehr ein. Die anstrengende Arbeit des Krählens, der Zerkleinerung des Röstguts vor dem heißen Ofen fällt weg. Der ständige Aufenthalt von Menschen in dem Hüttenraume, der nie ganz frei von schwefelhaltigen Gasen und Bleidämpfen ist, ist nicht mehr erforderlich.

Im Hochofenbetriebe hat die Einführung von Schrägkräusen, die eine selbsttätige Beschickung des Hochofens bewirken, dahin geführt, daß die Arbeit auf der Höhe im Bereiche der Hüttagas aufhörte, und daß die Aufgabestelle des Aufzugs aus der gefährlichen Nähe des Abflusses rückte.

Im Stahl- und Walzwerksbetriebe sind die Arbeiter bei ihrer körperlich sehr anstrengenden Arbeit den schädlichen Einflüssen wechselnder Temperatur ausgesetzt. Namentlich die Ofenarbeiter werden hiervon getroffen. Man sucht daher die Bedienung der Ofen nach Möglichkeit durch mechanische Vorrichtungen zu bewerkstelligen. Für das Einlegen der Ladung in die Martinöfen bediente man sich bereits seit längerer Zeit elektrisch angetriebener Ladevorrichtungen. An Stelle der Rostlöfen, in denen die zu erwärmenden Blöcke durch jeitliche Öffnungen von den Arbeitern mit Stangen der Feuerbrücke entgegengerollt werden, werden Stößlöfen eingeführt, bei denen der Vorwärt der Blöcke mittels eines mechanisch angetriebenen Stempels erfolgt. Auch sind bei den neueren Ofen eine Auszieh- und Transportvorrichtung für die erwärmten Blöcke in Anwendung, wodurch das Ausziehen der glühenden Blöcke von Hand und der Transport auf niedrigen Karren zur WalzstraÙe in Wegfall kommt.

Bei der Einführung des Drehschmelzbetriebs mit dem sogenannten Nafverfahren in der Zementfabrikation ist durch mechanische Beschickung der Ofen die beim früheren Schmelzofenbetrieb unvermeidliche Schädigung der Hüttagasarbeiter durch giftige Gase und Dünste weggefallen. Außerdem brachte die Aufstellung moderner Zerkleinerungsmaschinen und die Beschickung dichtschließender Transportvorrichtungen eine Verringerung der Staubbelästigung mit sich.

Auch die Glashütten haben manche Verbesserungen dadurch erfahren, daß die Maschine immer mehr die reine Handarbeit verdrängt. Nicht allein, daß das Gemenge mittels Mischmaschinen mit Ventilatoren herbeigeführt wird und daher der Arbeiter vor Staub dabei geschützt ist; auch bei der anstrengenden Arbeit des Blasen kommt die Maschine dem Arbeiter zu Hilfe, indem mit Glasmaschinen das Ausblasen des Glases in der Form durch gepresste Luft stattfindet. Dem bei den Glashütten sehr häufigen Auftreten von Luftröhrenkatarrhen infolge der Heberanstrengung der Atmungsorgane wird dadurch vorgebeugt.

Eine andere bedeutungsvolle Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse ist in den Kadelabriken durch die Einführung der Glasfopfnadelmaschine herbeigeführt worden. Die Herstellung der Glasfopfnadeln mit der Hand, die ausschließlich von Frauen vorgenommen wird, ist eine unangenehme Arbeit. Die Frauen sitzen über ein GlasgefäÙ gebeugt, das zum Schmelzen des Glases dient, in einem künstlich verdunkelten Raume, damit sie die Form des glühenden Glases besser unterscheiden können. Die Temperatur des Raumes wird durch die Hitze der GefäÙe sehr erhöht, und die Luft durch die Verbrennungsgase verunreinigt. Seit Betriebnahme der ersten Maschinen hat sich die Zahl der Glasfopfmacherinnen erheblich vermindert, da die Maschinen bei großer Leistungsfähigkeit verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte zu ihrer Bedienung erfordern. Die Verdrängung der Handarbeit wäre noch umfangreicher, wenn es möglich wäre, alle Sorten Glasföpfe mit Maschinen herzustellen. Dickerer Stöße und solche von besonderer Form müssen jedoch auch jetzt noch mit der Hand angefertigt werden.

Auch die mechanische Gußpußerei bürgert sich mehr und mehr ein. Seit Benutzung des Sandstrahlgebläses zum Gußpußen geht diese Staub erzeugende Arbeit unter einer abgeschlossenen Haube vor sich, die mit mechanischer Entstaubung versehen ist. Die Belästigung und Gefährdung der Arbeiter wird so erheblich vermindert. Ein größeres SandstrahlgebläÙ ersetzt die Arbeit von acht Gußpußern und wird von zwei Arbeitern bedient. Leider ist die Staub erzeugende Sandpußerei aber noch vielfach üblich und wird namentlich für größere Gußstücke auch sobald noch nicht durch eine mechanische Putzerei ersetzt werden können.

Wesentliche Verbesserungen sind auch in der Meißinggießerei eingeführt, durch welche die üblichen Belästigungen der Arbeiter durch die strahlende Hitze der Tiegel und die entweichenden Gießdämpfe, ebenso wie auch die Gefahr von Verbrennungen, wenn nicht ganz beseitigt, so doch wesentlich herabgemindert werden. Die Bewegung der Tiegel erfolgt jetzt von entfernter Stelle aus auf mechanischem Wege, und die Gießdämpfe werden über den Gießstellen durch kräftige Ventilatoren abgesaugt. — In der Akkumulatorenfabrikation wurde die Akkumulatorklappen früher unter Benutzung von Schöpfellen mit der Hand gegossen, während dies jetzt von Gießmaschinen besorgt wird.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. September 1911.

Die Lebensmittelteuerung, ihre Ursachen und die Wege zur Abhilfe lautet das Thema, um dem sich eine große Gewerkschaftsversammlung am Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Verbandshauses in Berlin beschäftigen wird. Referent ist der Verbandssekretär Kollege Erkelenz. Die in den letzten Wochen zu einer geradezu unerwünschten Höhe gestiegenen Lebensmittelpreise haben die Verbandsleitung veranlaßt, diese Versammlung einzuberufen. Die Regierung muß Abhilfe schaffen, wenn nicht die Gesundheit und die Arbeitskraft der Nation schwerer Schaden leiden soll. Alle Gewerkschaftsfolgen, insbesondere aber auch ihre Frauen, sind an dieser Frage lebhaft interessiert. Es muß deshalb erwartet werden, daß sie zahlreich zu dieser Versammlung erscheinen und Protest erheben gegen die herrschenden Preisverhältnisse. Soll die Veranlassung ihre Wirkung nicht verfehlen, so muß der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt sein. Darum Gewerkschaftsfolgen erscheint in Massen und bringt eure Frauen mit!

Die Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, hat bereits ihr Winterprogramm veröffentlicht. Ihre erste Mitgliederversammlung findet am Montag, den 9. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, Zimmerstraße 90-91, statt. Auf der Tagesordnung stehen Vorträge über „Die Erbschaftsfrage in der Agestellenversicherung“. Im Laufe des Winters sollen die Mitgliederversammlungen monatlich regelmäßig an jedem zweiten Montag im Monat im großen Saale des Berliner Gewerbegerichts abgehalten werden. Die nächsten fünf Vorträge werden die sozialpolitischen Aufgaben des Zweigverbandes behandeln. Es ist in Aussicht genommen, daß Versammlungen stattfinden sollen mit folgenden Themen: Montag, den 13. November 1911: Behördliche Maßnahmen der Wohnungspolitik; Montag, den 11. Dezember 1911: Die Kommunalverbände als Bodeninteressenten; Montag, den 8. Januar 1912: Wald- und Wiesengürtel für Groß-Berlin; Montag, den 12. Februar 1912: Sozialpolitische Forderungen des Verkehrs; Montag, den 11. März 1912: Sozialpolitische Möglichkeiten für den Zweigverband. Als weitere Themen sind in Aussicht genommen: Vergleich der englischen und deutschen Kranken- und Invalidenversicherung; Arbeitslosenversicherung; Reform der Arbeitsbedingungen des Krankenpflegepersonals.

Die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften haben zu diesen Versammlungen freien Eintritt. Wir können ihnen den Besuch nur dringend empfehlen.

Die Vereinbarungen unseres Gewerkschafts der Maschinenbauer mit dem christlichen Metallarbeiterverband haben in der Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregt. Die Tagespresse hat sich vielfach mit ihnen beschäftigt, ohne allerdings besondere Betrachtungen daran zu knüpfen. „Der Arbeiter“, das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), berichtet dagegen von einem „Zusammenschluß des christlichen und Sächsisch-Dänischen Metallarbeiterverbandes“. Ob das absichtlich oder unabsichtlich geschieht, läßt sich natürlich nicht entscheiden. Jedenfalls kann von einem „Zusammenschluß“ beider Organisationen nicht die Rede sein, da beide ihre volle Selbstständigkeit bewahren und es sich in der Hauptsache um Vereinbarungen bei Lohnbewegungen und dergleichen handelt. Der „Vorwärts“ schreibt von einer „Interessengemeinschaft zwischenentrumschristen und Sächsisch-Dänischen“ und knüpft daran die hübschen dreieckigen Bemerkungen. Man kann sich daraus ungefähr einen Begriff machen zu dem, was die Organe der „freien“ Gewerkschaften demnächst bringen werden. Warten wir ab!

Arbeiterbewegung. Auch in Erfurt ist es in der Metallindustrie zu einer Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern gekommen, jedoch in familiären Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden ist. Damit ist auch für Thüringen die Gefahr einer weiteren Ausbreitung beseitigt und der Konflikt vollständig beigelegt. In Leipzig befinden sich seit einiger Zeit die Lithographen und Steindrucker in einer Lohnbewegung, die auch auf Stuttgart, Nürnberg

und Frankfurt a. M. übergriffen hat. Da es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Unternehmer verklagt werden, in Berlin Streikarbeit anfertigen zu lassen, haben auch die Berliner Lithographen und Steindrucker zu der Bewegung Stellung genommen und bedankt, nicht nur Streikarbeit, sondern auch Hebejournen und Seimarbeit zu verweigern. Die Differenzen in den Schuhfabriken von Wermelskirchen (Rheinland) haben nicht beigelegt werden können. Die Fabrikanten haben die Einigungsprotokolle abgelehnt und die Ausweisung der Arbeiter zum 23. September angekündigt. In Breslau sind die Zylinderer in den Streik getreten, weil die von den Unternehmern gemachten Angebote fast durchweg eine Verschlechterung gegenüber den jetzigen Verhältnissen bedeuten. Der Streik der in der Militärtechnikbranche von Berlin beschäftigten Metallarbeiter dauert unverändert fort. Die in einer Tarifbewegung befindlichen Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen Berlins haben insofern bisher einen kleinen Erfolg zu verzeichnen, als eine ganze Anzahl kleinerer Arbeitgeber die Forderungen bewilligt hat. In st. d. n. befinden sich die Elektromonteur bereits seit sieben Wochen im Streik. Die in Anregung gebrachte Vermittlung des Gewerbegerichts als Einigungsamt wurde vom Vorstand der Arbeitgeberorganisation abgelehnt.

Unter den Eisenbahnern in Irland ist eine umfangreiche Streikbewegung im Gange. Die Eisenbahngesellschaften zeigen hier ebenso wenig Entgegenkommen wie seinerzeit die englischen Gesellschaften. Sie lehnen die Verhandlungen ab unter dem Vorwande, daß die Streikführer keine Irländer seien. Der Verkehr ist auf vielen Linien vollständig ins Stocken geraten. In einigen Provinzstädten beginnt ein Mangel an Lebensmitteln, insbesondere an Butter ist bemerkbar zu machen. Auch in Spanien hat die Generallohnbewegung an Umfang noch zugenommen und zeigt einen geradezu revolutionären Charakter.

Die unschuldigen, verfolgten Verbändler. Wer mitten in der Arbeiterbewegung steht, wer Tag für Tag in der Werkstatt und an anderen Orten als Gewerkschaftler mit Verbändlern arbeiten muß, der hat gewiß schon oft erfahren, wie schwer es ist, seinen Standpunkt als Gewerkschaftsmitglied der Hebermacht der Verbändler gegenüber zu behaupten. Ausnahmen gibt es natürlich auch hierbei. Wie weit aber der Fanatismus der Verbändler geht, das ist allen Kollegen gewiß hinreichend klar gemacht worden. Wenn dann diese Verbändler überdreht noch die verlogene Lüge und sich so zu geben, als ob sie die reinen Engel, die anderen aber die schändlichen Aker wären, dann weiß man, in der Tat nicht mehr, was man zu solchen Verdrehungsfunktionen eigentlich sagen soll. Uns liegt ein Zirkular aus Welschert im Rheinland vor, dessen Inhalt zu kostbar ist, um ihn der Öffentlichkeit zu entziehen. Dieses Zirkular, das uns „auf den Abstraktionsgrad“ gezogen“ ist, für dessen Grammatik und sonstige Mängel wir aber die Verantwortung ablehnen, hat folgenden Wortlaut:

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Welschert.

An alle Vertrauensleute, Branchenseiter, Werkstellenkommissionenmitglieder, sowie Ortsvertrauensleute.
Werte Kollegen! Am Donnerstag den 1. Juni 1911 abends pünktlich 8 Uhr findet bei Ottung eine Sitzung aller Funktionäre unserer Organisation statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Der deutsche Metallarbeiter-Verband und seine Gegner. 2. Unsere nächsten Aufgaben. Kollegen! Mit einer ungläublich bis dahin noch nie dagewesenen Niedertracht sind unsere Gegner an die Arbeit, die freien Gewerkschaften, insbesondere unsere Organisation in den Not zu ziehen. Die ganze Reute der Sächsisch-Dänischen wie Christlichen Scharfmacher beismann, durch Streikbruch und Verrat jede Bewegung, welche durch unsere Kollegen ins Werk gesetzt wird, zu nichte zu machen. Nicht die Vertretung der Arbeiterinteressen ist es, wonach die Gesellschaften trachten, nein offen sprechen sie es aus, daß ihr erstes Ziel dahin geht, die freien Gewerkschaften in die Steine in den Weg zu legen. Gerade die Sächsisch-Dänischen wie die Christlichen sind es, die unangeführt der Regierung Material für ein neues Zuchtbausgesetz liefern dadurch, daß diese ecklose Sippe die ungeheuerlichsten Schwindelereien über unsere Organisation in die Welt posannen.

Kollegen! Es ist die höchste Zeit daß über das Verhalten dieser Verräter an die Arbeiter eine Aussprache im Kreise unserer Funktionäre stattfindet, damit diese die uns drohende Gefahr rechtzeitig erkennen lernen.

Kollegen! Erkennt den Ernst dieser Situation. In einer Anzahl heutiger Betriebe sind erste Differenzen ausgebrochen. Nichtanerkennung der Arbeiterkommissionen, Verlängerung der Arbeitszeit, Verkürzung ohne Mehrbezahlung, das sind die Mittel womit die Unternehmer die Arbeiter zu beglücken versuchen.

Uns ruft die Pflicht, auf dem Posten zu sein, um je das Werk unserer Gegner zu Schanden zu machen. Darum auf und feble weiter.

Mit voll. Gruß: Die Ortsverwaltung.

Ein größeres Maß von Entstellung und Verweigerung solcher Tatsachen gibt es wohl auf der ganzen Welt nicht mehr, als wie in diesem Zirkular enthalten ist. Wo ist die Niedertracht am größten? Wo werden andere Organisationen in den Not gezogen? Wo werden anderen Organisationen Steine in den Weg gesetzt? Wo liefert man der Regierung Material für ein neues Zuchtbausgesetz? Doch nirgends anders als in den sozialdemokratischen Gewerkschaften, mit dem deutschen Metallarbeiterverbande an der Spitze.

Die Vtrale vom Streikbruch und Verrat der Gewerkschaften ist schon so abgedroht, daß niemand mehr etwas daraus gibt. Eine Unwahrheit wird auch nicht wahr, wenn sie noch so oft wiederholt wird.

Es geht auch anders! In der Federmeierbranche zu Solingen tot seit einiger Zeit ein heftiger Kampf, der vom Metallarbeiterverbande geführt wird. Die Mitglieder des Solinger Industriearbeiterverbandes, einer lokalen Organisation, machen die Bewegung nicht mit und sind deswegen von einer Versammlung der Verbändler als Streikbrecher erklärt worden. Der Grund für das ablehnende Verhalten des Industriearbeiterverbandes ist darin zu finden, daß er der Überzeugung ist, der Metallarbeiterverband wolle ihn „losgreifen“. So ganz von der Hand weisen läßt sich dieser Verdacht nach früheren Vorkommnissen auch nicht. Bezeichnend ist nun, wie der „Vorwärts“ die Geschichte aufstellt. Er schreibt nur von „bedauerlichen gewerkschaftlichen Irrtümern“. Die schärfsten Ausdrücke wie Streikbruch, Arbeiterverrat und wie sie alle sonst noch heißen, die gegen andere Organisationen erhoben werden, wenn sie einmal nicht so wollen, wie eine „freie“ Gewerkschaft, fehlen vollständig. Das kommt daher, daß auch die Mitglieder des Industriearbeiterverbandes wackelige „Genossen“ sind. Gegen sie dürfen nicht allzu scharfe Töne angewandt werden, obgleich man doch eigentlich annehmen müßte, daß sie die gewerkschaftlichen Grundtöne in erster Linie hochhalten müßten. Man sieht aber daraus, daß im Parteinteresse auch gewerkschaftliche Mißgriffe entschuldigt werden. Die Partei geht eben über alles.

Eine gesetzliche Lohnregelung für die Heimarbeit steht auch für Frankreich zu erwarten. Wie die „Dokumente des Fortschritts“ mitteilen, ist der ständige Kommission des Arbeitsrats ein Gesetzentwurf unterbreitet, der zunächst für die Seidenspinnerei, Stoffweberei, Wäschereizugmaschinenfabrikation, Futtermahlung, Schuhfabrikation und Verfertigung von künstlichen Blumen, d. h. also für Gewerbe, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, und in denen gleichzeitig Heimarbeit vorherrscht, die Errichtung von Lohnkommissionen vorsieht. Die Minimallöhne festzusetzen haben. Diese Lohnkommissionen können auch auf die übrigen freien Industrien ausgedehnt werden, wenn in einem Bezirke die Mehrheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich dafür ausspricht. Die Minimallöhne werden von den Kommissionen festgelegt und können nur befristet werden, wenn bei ihrer Festlegung Verstöße gegen die vom Gesetze bestimmte Geschäftsordnung vorgekommen sind. Die Minimallöhne werden der Bevölkerung durch öffentlichen Anschlag kundgegeben. Ebenso werden die Geschäftsinhaber verpflichtet, die Minimallöhne an einer sichtbaren Stelle ihres Geschäftsgebäudes anzuschlagen. In jenen Betrieben, in denen Heimarbeit vorherrscht, muß die Bekanntgabe in dem Raum erfolgen, in dem die Kohlstoffe den Arbeitern übergeben und die fertigen Waren entgegengenommen werden. Die Bezahlung der Minimallöhne ist obligatorisch. Selbst mit Einverständnis der Arbeiter darf kein Geschäftsinhaber niedrigeren Lohn bezahlen.

So geht ein Kulturstaat nach dem anderen an die gesetzliche Regelung der Heimarbeitelöhne heran. Es darf danach wohl erwartet werden, daß auch der deutsche Reichstag, nachdem die Reichsregierung ihren grundsätzlichen Widerstand aufgegeben hat, endlich die Einführung von Lohnämtern beschließt.

Der Entwurf eines Arbeiterurlaubgesetzes ist der Volksvertretung des südamerikanischen Staates Uruguay unterbreitet worden. Darin soll vor allem die Arbeitszeit von Angestellten und Arbeitern geregelt werden. Das geschieht in einer derartig gründlichen Weise, daß die Unternehmer den schärfsten Widerstand erheben haben. Die Arbeitszeit im allgemeinen soll täglich acht Stunden nicht überschreiten; bei Personen von 16 bis 19 Jahren

darf sie nicht länger als 6 Stunden, bei solchen von 13-16 Jahren nicht länger als 4 Stunden dauern, jüngere Personen dürfen überhaupt nicht beschäftigt werden. In besonderen Fällen steht der Behörde das Recht zu, eine Verlängerung der Arbeitszeit um ein Drittel zu gestatten. Es sind ferner in der Vorlage Bestimmungen über die Schonung von arbeitenden Frauen in der Schwangerschafts- und Geburtszeit vorgesehen. Der Fiskus gegen das Gesetz sollen mit außerordentlich hohen Strafen geahndet werden.

Soweit finden die vorgeschlagenen Schutzbestimmungen keinen ernstlichen Widerstand. Lebhaftes Bedenken werden dagegen erhoben gegen eine andere Vorschrift, daß nämlich künftig für jede Serie von sechs Arbeitstagen ein freier Tag bestehen müsse. Das soll heißen, daß neben den Sonntagen in jeder Woche die Angestellten und Arbeiter noch einen freien Tag haben sollen. Die wöchentliche Arbeit würde sich also nur auf fünf Tage erstrecken. Die Leiter der größten Industrie-, Handels- und Verkehrsbetriebe sind gegen diese Bestimmung in öffentlichen Versammlungen mit aller Energie aufgetreten und suchen zu verhindern, daß das Gesetz in dieser Form verabschiedet wird. Es darf auch angenommen werden, daß vor der Erledigung noch wesentliche Änderungen vorgenommen werden.

Gewerkevereins-Zeil.

Barmen. Die Ortsvereine werden ersucht, etwaige Schreiben oder sonstige an H. Kopp, ferner an den Vorsitzenden des Ortsverbandes Karl Böhl, Stahlwerfstraße 55, zu richten.

Hannover i. Schl. Unsere letzte Ortsverbandsversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Unter den Anwesenden befand sich auch Herr Bürgermeister Ott, der vom Vorsitzenden besonders begrüßt wurde. Nach Erstattung des Jahresberichts, der sich auch auf das letzte Gartenfest mit Bezug, gelangte die Antwort des Magistrats auf unser Gesuch um den Bau von Arbeiterwohnungen zur Besetzung. Darin wird die Gründung einer Bauengesellschaft ähnlich der des Bauamtswohnungsvereins empfohlen. Einer solchen Gesellschaft würde seitens der Landesversicherungsanstalt die weitestmögliche Unterstützung durch Vergabe von Hypotheken zu billigem Zinsfuß zuteil werden. Auch die Stadt würde sich zur Unterstützung durch Vergabe von billigem Grund und Boden bereit finden lassen. Im Anschluß an die Besetzung ergriff Herr Bürgermeister Ott das Wort, um zunächst das Wesen einer derartigen Genossenschaft eingehend zu erläutern und dann die örtlichen Verhältnisse und die Möglichkeiten, wie eventuell die Genossenschaft vorgehen müsse, zu erläutern. Eine andere Lösung der Frage, wie man die Arbeiterwohnungsnot beseitigen könne, als durch Selbsthilfe, gebe es vorläufig nicht, da der Stadt Mittel nicht zur Verfügung ständen. Den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters folgte eine lebhafteste Aussprache. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern den einzelnen Ortsvereinen empfohlen, sich noch einmal mit der Angelegenheit zu beschäftigen, damit die nächste, im November stattfindende Ortsverbandsversammlung endgültig Stellung nehmen kann. Dem Herrn Bürgermeister wurde für die gegebenen Anregungen der Dank der Versammlung ausgesprochen.

Sodann gab der Ortsverbandskassierer, Kollege Waller, einen ausführlichen Bericht über den in Sagan abgehaltenen Bezirksrat der niederschlesischen und Kaufener Ortsvereine. Nächster Punkt der Tagesordnung war ein Antrag des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter auf Ausschluß des Ortsvereins der Deutschen Kaufleute aus der Jahrestagung. Dieser Antrag wurde nach lebhafter Diskussion mit großer Mehrheit angenommen. Auf Antrag des Kassierers wurde ferner beschlossen, die Unterstützung an durchreisende Kollegen nur einmal im Biederjahr auszusprechen. Dieser Beschluß ist darauf zurückzuführen, daß ein und derselbe Reisende diese Unterstützung innerhalb fünf Wochen dreimal erhoben hat. Auch zu der Unterstützung wurde Stellung genommen und beschlossen, durch Inzerat im „Saganer Stadtblatt“ zur möglichen Einschränkung des Mißbrauches aufzufordern. Erst um 1 Uhr nachts konnte der Vorsitzende mit lebhaftem Danke für das jahrelange Erscheinen und einem dreifachen Hoch auf die Deutschen Gewerkevereine die anregend verlaufene Versammlung schließen.

D. Tzigncr, Ortsverbandschriftführer.

Luedlburg. Unser Ortsverband hatte zu Sonntag, den 17. September, eine kombinierte Ausschusssitzung nach T h a l e einberufen, die sich mit unserer Presse und der Bauhandwerkerfrage beschäftigte und außerdem ein Referat des Kollegen Becker-Ragdeburg brachte: „Was muß der Arbeiter von der Reichsversicherungsordnung wissen?“ Alle drei Punkte riefen eine sehr rege Aussprache hervor. Die weiteren Arbeiten für den kommenden Winter wurden genau festgelegt. Eine Fülle von Aufgaben harzt ihrer Lösung. Durch geschickte Verwaltung und äußerste Sparsamkeit des Ortsverbandsausschusses sind wir erfreulicherweise in die Lage versetzt, den einzelnen Ortsvereinen mehr bieten zu können als wie bisher. Zunächst wird Kollege Böhring, welcher in seiner Eigenschaft als Stadtvordriner die Angenehmstellung in Dresden besucht hat, über seine Beobachtungen Bericht halten. Andere werden folgen. Auf diese Weise soll den auswärtigen Ortsvereinen der Grund zur Klage über Vernachlässigung seitens des Ortsverbandsausschusses genommen werden. Hoffentlich finden die für den Winter geplanten Veranstaltungen bei den Kollegen rege Interesse und weisen guten Besuch auf. Die nächste Ortsverbandsversammlung findet im Oktober in Barnstedt statt.

Karl Spindler, Ortsverbandssekretär.

Verbands-Zeil.

Berlin. Disfalterklub der Deutschen Gewerkevereine (S. D.).

Verbandsklub der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-23. Die Sitzung am Mittwoch, 27. September fällt wegen der am demselben Tage stattfindenden öffentl. Gewerkevereinsversammlung aus. **Gewerkevereins-Liederabend (S. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Leubungsstunde i. Verbandsbause, der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste will.

Orts- und Medialianverbände.

Breslau (Ortsverband). Dienstag, 28. September, abds. 8 Uhr Vertreter-Sitzung bei Laake, Kupfer- schmelzstraße 7. Wichtige Tages-Ordnung. **Breslau (Ortsverb.).** Dienstag, 19. Oktober findet die nächste Verbands-Mitglieder-Berf. i. d. Union-Sälen statt. **Brandenburg a. S. (Ortsverb.).** Sonnabend, den 23. September, abds. 8 Uhr Vertrauensmänner-Sitzung.

fäml. Ortsvereine bei Roland, Schützenstraße. **Wronberg (Ortsverb.).** Sonnabend, 23. September, abds. 8 Uhr Ortsverbandsberf. bei Blücher, Hildmarf. **Cottbus (Disfalterklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Janssen, Sandwerfstr. 42. **Düsseldorf (Königstr. 101) (Ortsverb.).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbause, Raifürststr. 29, Sitzung. **Eberfeld-Barmen (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämper, Eberfeld, Luffenstr. und Erholungstr. 66. **Selbstkinder (Ortsverb.).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreter-Sitzung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. **Haaren b. Nachen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abds. 8 Uhr, Disfalterabend bei Ludewigs. **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Disfalterabend find. jed. leg. Sonnabend 1. Monat i. Postgasse-Rest., Or. Brauhausstr., statt. **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverb.).** Sonnabend, 23. September, 18. Stiftungsfest, bestehend in Preisziehen, Preisnobeln und Ball in den oberen Sälen der Königsworff, Brühlstr. 12, Anfang 8 Uhr. Eintitt 10 Pfennig. **Hamburg (Ortsverb.)** Jeden Mittwoch, abds. 8 Uhr präz., in Püttmanns Spiel, Poststr. Disfalterstunde. **Hersloh (Disfalterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abds. 8 Uhr bei Zander, Dillstraße. **Herrn im Westf. (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreter-Sitzung bei Wittke, Herrn i. gegenüber der evang. Kirche. **Leipzig (Gewerkevereins-Liederabend).** Die Leubungsstunden finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Herzburgstr. 25, statt. Gäste und Stimmgebende Mitglieder sind herz. willkommen. **W. Gladbach-Niederrhein (Ortsverb.).** Am Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 5 Uhr, öffentl. Ortsverbandsversammlung in W. Gladbach, Restaurant Saurte. **Wülheim a. Ruhr.** Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Johann Müller, Sandstraße 38. **Zeitzin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Leubungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herz. willk. **Schwerte-Börschen (Ortsverb.).** Sonntag, den 24. September, nachm. 8 Uhr Vertreter-Sitzung beim Wirt Westermann in Biederfeld. **Regel (Disfalterklub)** für Regel, Postgasse und Reinickendorf. Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Scher, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. **Thorn (Ortsverb.).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Maurerstr. 62. **Weißenfels a. S. (Sängersabteilung der Gewerkevereine).** Leubungsstunde jeden Dienstag, abds. 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schwigerhaus“, Schützenstraße. Gesangliebende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. **Weißenfels (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Disfalterabend in Hermanns Garten.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. **Lippstadt im Westf. (Ortsverb.)** Wllh. Schottc, Schriftführer, Warten, Bilsenstraße.

Wiesbaden. B. B. in Geminn. Wesen Dank für die Zusendung des Zeitungsauschnittes. Aber was soll man auf derartigen Insnin antworten? Das Zeug ist so konfus und so viele verschiedene Dinge sind darin durcheinandergewürfelt, daß man spaltenlange Artikel dagegen schreiben müßte. Dazu ist uns unser Raum denn doch zu schmal. Der Zweck sozialdemokratische Stimmen für die Reichstagswahlen zu gewinnen, wird durch solche Geistesprodukte doch nicht erreicht.

Anzeigen-Zeil.

Inzerate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Kasse** des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.
Statutsgeld 25 Pfg. • Ausnahme vom 15. bis 45. Jahre.
Beifolgendes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beiträtsalters 3 bis 9 Pfg.
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.
Klugblätter und Material versendet das Verbandsbureau:
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/28.

Eisenach u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer D. Bennewitz, Rennbahnstraße 54.
Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkevereinskollegen wird ausgezahlt bei Franz Wagner, Gera, Bärensgrasse 11.

Hersloh u. Umgegend. (Ortsv.) Durchreisende Kollegen erhalten 0,75 Mk. bei G. Riese, Hersloh, Ellsabethstr. 52.

Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei St. Städler, Bahnhofstr. 18.

Leipzig-Westf. (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsfest bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße 25-27 Gültigkeit.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten beim Wandertag, Kollegen Taube, Leipzigstr. 94, 1 Mark in bar oder Abendrot, Nachquartier und Kaffee in der Verbandsbörge (Baderinnungshaus) am Gospitalplatz.

Warth i. Pomern. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Dähn, Poststraße 24. Arbeitsnachweis auf.

Nabeberg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsfest im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen Richard Wenzel, Nabeberggraben 16.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsfest bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wllh. Berger, Sandstraße 28.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsfest im Betrage von 50 Pfg. Sonn- und Feiertags 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer G. Neumann, Linienstraße 19.

Chemnitz (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Bezufen nur beim Ortsverbandskassierer, Kol. Reide, Bergstr. 54, abends 7-8 Uhr ausgezahlt. Der Arbeitsnachweis wird von Kol. Dswald Blach, Senefelderstr. 32, verwaltet. Sprechzeit wochentäglich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.

Verbands-Zeil, Fahnen, Anzeichen, Theater, Dekorationsmaterial.
Herr: Lütz 101 hat! Wilhelm Hamann, Düsseldorf, Fahnenstr.

Sprottan-Gulan (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereine erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Kollegen B. Schierert in Sprottan, Wlogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.

Lippstadt (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 75 Pfg. gezahlt vom Kassierer B. Wiese, Lippstadt, Dierpauerkauffee 82.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstützung bei Robert Genter, Schramberg, Ulpianstr. 18.

VEREINS-ABZEICHEN IM STEMPEL ALLER ART
Liefert den Gewerkevereinskollegen hübsche und schnell Königberger, Gravier-Anstalt Stempel- u. Verbandsabzeichenfabrik G. TRENKEL, KÖNIGSBERG I. P. R. Nicolaistraße 29.